



CDU-Ratsfraktion Erkrath
Wolfgang Jöbges
Amselweg 6
40699 Erkrath
Tel.: 0211 244256
Mail: info@joebges.de
23.02.2023

Haushaltsrede 2023

CDU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Jöbges

(es gilt das gesprochene Wort, gesperrt bis Ende der Rede)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schultz,
sehr geehrte Damen und Herren,

bis zur Corona Pandemie im Jahr 2020 verhielt es sich mit dem Haushalt in Erkrath im Großen und Ganzen nach dem Motto "The same procedure as every year James!". Der Haushalt bzw. der Butler James stolperte zwar regelmäßig zu Neujahr über den Tigerkopf, kam jedoch nicht zu Fall und später verlief der Abend ganz amüsan. Zudem konnte man vertrauen, dass es nächstes Jahr wieder so werden würde.

2009 erwischte uns und die Welt zwar eine Finanzkrise, sodass unsere Gewerbesteuereinnahmen um ca. ein Drittel auf 21 Millionen sanken, in den Folgejahren beruhigte sich die Situation jedoch. Wie gesagt, das galt bis 2020.

Seitdem ist in Erkrath, in Deutschland, in Europa und auf der Welt vieles nicht mehr wie zuvor. Man spricht von einer neuen Zeitrechnung.

Ab 2020 belastet die weltweite Corona-Pandemie natürlich auch die Finanzen unserer Stadt, 2021 wurde Erkrath von einem Hochwasser heimgesucht – mit großen Schäden, die es seitdem zu beheben gilt.

Vor fast genau einem Jahr, am 24. Februar 2022, überfiel Russland die Ukraine und entfesselte einen Krieg in Europa, welchen niemand für möglich gehalten hatte.

Millionen von Ukrainerinnen und Ukrainer fliehen seitdem vor dem Krieg. In Deutschland haben ca. 1 Million Menschen Schutz gefunden. In Erkrath beherbergen wir ca. 500 Kriegsflüchtlinge.

Folge dieses Krieges war zudem eine unvorstellbare Preisentwicklung der Energiekosten. Wer hätte sich seit Ende des kalten Krieges vorstellen können, dass die Stadt Erkrath wegen einer drohenden Energiemangellage Wärmeräume vorhält, Lebensmittel einlagert und Notstromaggregate beschafft

Nicht nur gläubige Christen dürften sich an den Ausruf von Jesus am Kreuz erinnern: „Mein Gott mein Gott, warum hast Du mich verlassen“. Ich bin sicher, Gott hat die Menschen nicht verlassen, vielmehr die Menschen haben Gott verlassen. Nicht anders kann man sich die Aggression von Russland gegenüber der Ukraine und der gesamten Welt vorstellen.

Am 6.2.2023 ereignete sich in der Türkei und Syrien ein starkes Erdbeben, was nach letzten Schätzungen über 45.000 Tote und ca. 10 Millionen Obdachlose verursachte. Viele Menschen in Erkrath haben Angehörige und Freunde in dem betroffenen Gebiet.

Meine Damen und Herren, warum erzähle ich Ihnen das alles? Wir leben doch im ruhigen Erkrath und die Auswirkungen der vorgenannten Ereignisse tangieren uns nur mittelbar.

Aber es gebietet sich, die Größenordnung von Erkrather Problemen (darf dieser Baum gefällt werden; warum hat die Verwaltung das noch nicht umgesetzt; müssen, damit neuer Wohnraum entsteht, vielleicht einige Kaninchen 20 m weiter über die Wiese hoppeln) ins Verhältnis zu den großen Problemen der Welt zu setzen. Und ich muss leider feststellen, dass in den letzten Monaten die konstruierten Aufgeregtheiten von einigen Ratsmitgliedern und die Angriffe gegenüber den Kollegen, dem Bürgermeister und der Verwaltung das erträgliche Maß weit überschreiten. Ein bisschen Demut und Einhaltung der gängigsten Höflichkeitsregeln im Umgang miteinander wäre sicher angebracht.

Des Weiteren müssen wir uns damit auseinandersetzen, wie sich Naturkatastrophen und kriegerische Ereignisse auf Deutschland und Erkrath auswirken und wie wir uns auf Bedrohungslagen vorbereiten müssen. .

Die Risikoanalyse des Bundesamtes für Bevölkerungs- und Katastrophenschutz zum Thema "Erdbeben im Rheinland" kommt zu dem Ergebnis:

„Das Beben 6,5 trifft die Bevölkerung völlig unerwartet. Nach einigen Sekunden enden die Erschütterungen und hinterlassen ein verheerendes Schadensbild, u. a.:

- mehrere tausend Tote und Verletzte sowie etliche vorerst obdachlose Personen,*
- massive Schäden an Infrastruktur und Gebäuden (bis zum Totalversagen),*
- blockierte und beschädigte Straßen, Schienen und Binnenschifffahrtswege.*

Das Stromnetz im Epizentralgebiet und Umland ist beschädigt und führt zu einem mehrere Tage anhaltenden Stromausfall, der Ausfälle bei wichtigen Dienstleistungen verursacht, z. B.:

- Notrufe können nicht abgegeben werden und die medizinische (Notfall)Versorgung ist überlastet,*
- Lieferketten sind unterbrochen und Versorgungsengpässe bei Gütern wie Trinkwasser entstehen.“*

Die Szenarien zu einem flächendeckenden Stromausfall, einem „Blackout“, setze ich als allgemein bekannt voraus.

Die Abhängigkeit vom Internet und funktionierenden Telekommunikations-Infrastrukturen haben wir vor zwei Wochen zu spüren bekommen als auf der Königsallee in Düsseldorf ein Bagger Glasfaserleitungen der Telekom beschädigte. Notrufe in Erkrath und anderen Gemeinden waren auf Stunden nicht mehr möglich.

Der Schutz kritischer Infrastruktur hat daher hohe Priorität. Wir sind dem Bürgermeister und der Feuerwehr dankbar, dass bereits im letzten Jahr eine Stelle im Bereich Bevölkerungsschutz eingerichtet wurde.

Auch der Schutz der Bevölkerung im Krisen- und Verteidigungsfall wird derzeit ja neu bewertet. Wenn selbst die grüne Außenministerin in Helsinki Schutzräume für 900.000 Personen besichtigt und von einer Zeitenwende spricht, dürfte der Ernst der Lage offensichtlich sein. Die Innenministerkonferenz hat die Bundesregierung aufgefordert, einen Plan für Schutzräume in Deutschland vorzulegen.

Die unmittelbaren und großen finanziellen Auswirkungen der vorgenannten Ereignisse auf die Leistungsfähigkeit der Stadt sind bekannt. Die mittelbaren Belastungen in der Zukunft sind noch nicht abzuschätzen.

Der Kämmerer hat bei Aufstellung des Haushaltsplanes die Pandemie und kriegsbedingten Risiken berücksichtigt und in den Vorbemerkungen zum Haushalt die Situation treffend dargestellt. Insgesamt wird für das Haushaltsjahr 2023 ein durch die Corona-Pandemie und den Ukrainekrieg entstandener Schaden in Form von Mindererträgen und Mehraufwendungen gegenüber der Haushaltsplanung für 2023 in Höhe von rd. 7,3 Millionen € eingeplant. Dieser Betrag wird gemäß der Sonderregelung als außerordentlicher Ertrag in den Ergebnisplan aufgenommen, um die zusätzliche Haushaltsbelastung zu isolieren. Diese gebildeten Finanzierungshilfen sind ab dem Jahr 2026 linear über längstens 50 Jahre abzuschreiben. Dies dürfen wir nicht vergessen.

Die Details zu den Einnahmen und Ausgaben und den Projekten der Stadt Erkrath stellt der Vorbericht zum Haushaltsplan ungeschönt und exzellent dar. Den Kolleginnen und Kollegen des Rates sind die Daten bekannt. Interessierten Bürgerinnen und Bürgern steht der Haushaltsplanentwurf nebst den Vorbemerkungen auf der Homepage der Stadt Erkrath zur Verfügung. Insoweit erspare ich es mir, auf die einzelnen Punkte dort einzugehen.

Die Stadt Erkrath gehört nach wie vor landesweit zu den einnahmestarken Kommunen in NRW. Wir sind aber auch stark bei den Ausgaben. Wenn es trotz sparsamer Haushaltspolitik nicht gelingt, einen ausgeglichenen Haushalt zu beschließen, dürfte es klar sein, dass das Problem nicht hausgemacht ist, sondern sich erneut die Unzulänglichkeiten der Gemeindefinanzierung zeigen.

Dem Bund, dem Land NRW, dem Landschaftsverband und dem Kreis Mettmann wird

es leicht gemacht, nicht im eigenen Hause zu sparen, sondern durch Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse Kosten auf Städte und Kommunen abzuwälzen. Diese Tendenz besteht leider seit vielen Jahren bei allen übergeordneten Gremien, unabhängig davon, ob dort CDU, SPD, Grüne oder FDP – in welchen Zusammensetzungen auch immer – über Mehrheiten verfügen. Jüngstes Beispiel ist die Unterbringung von Flüchtlingen, wobei die Bundesregierung keinen Plan zur Unterstützung der Kommunen hat.

Wir fordern eine Reform der Gemeindefinanzierung, welche ihren Namen auch verdient. Wenn der Gesetzgeber nicht die Gemeinden von Pflichtaufgaben – und damit von Kosten – entlastet, wird über kommunale Selbstverwaltung bald nur noch in den Geschichtsbüchern zu lesen sein.

Im Jahr 2022 hatten wir als CDU-Fraktion dem Haushalt nur unter der Prämisse zugestimmt, dass wir ein freiwilliges Haushalts-Sicherungskonzept aufstellen und unter Zuhilfenahme von Dritten alle Positionen des Haushaltes auf den Prüfstand stellen.

Die Firma PwC hat eine umfangreiche Analyse in Zusammenarbeit mit der Verwaltung vorgenommen. Die Ergebnisse wurden dem Rat und der Öffentlichkeit im Detail präsentiert und diskutiert. Der Haupt- und Finanzausschuss hat in einer halbtägigen Sitzung über eine Vielzahl beschlussreifer Maßnahmen befunden. Weitere Maßnahmen werden vertiefend in den Ausschüssen im Jahre 2023 diskutiert werden.

Es ist logisch, dass Vorschläge der Unternehmensberatung nicht ohne besondere Berücksichtigung der Erkrather Gegebenheiten übernommen werden können. Die bereits jetzt beschlossenen Maßnahmen führen zu jährlichen Einsparungen in Höhe von ca. 400.000 €. Die Gefahr eines sozialen Kahlschlags, wie ihn die Grünen in ihrer Hilflosigkeit an die Wand malen, diene offensichtlich nur zur Polemisierung. Richtig ist, die vom Rat gefassten Beschlüsse stellen alle kulturellen, sportlichen und sozialen Projekte weiterhin sicher. Ebenso richtig und wichtig ist es, zu überprüfen, wofür das Geld ausgegeben wird und was mit Zuschüssen der Stadt im Endergebnis bewirkt wird. Ein doppeltes oder dreifaches Vorhalten von Angeboten ist gerade nicht zielführend.

Natürlich hat die Beratungsfirma auch die drei anstehenden Großobjekte bewertet: den Neubau der Feuer- und Rettungswache, den Neubau des Gymnasiums in Alt-Erkrath und den Neubau des Schulzentrums Campus Sandheide in Hochdahl. Die hierfür prognostizierten Kosten führen durch Finanzierung und Abschreibung zur Belastung der kommenden Haushalte. Dies ist eine allgemein bekannte Erkenntnis.

Bekannt ist ebenso, dass es sich bei der sachgerechten Unterbringung der Feuerwehr und Zurverfügungstellung von ausreichend Schulraum nicht um eine freiwillige Leistung der Kommune handelt, sondern um eine Pflichtaufgabe. Hier wird kein neues Museum, keine Stadthalle oder ein Schwimmbad gebaut. Hier geht es um die Sicherstellung der Kernaufgaben der Gemeinde und der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Die ersten Planungen liegen schon viele Jahre zurück und wurden bereits in der letzten Ratsperiode durch Beschlüsse bestätigt.

Die bisherige Feuer- und Rettungswache entspricht unter keinen Gesichtspunkten mehr den Vorschriften des Arbeitsschutzes. Das Personal ist nicht sachgerecht untergebracht. Es fehlen Räumlichkeiten für Fahrzeuge, Werkstätten für die sachgerechte Instandsetzung und Wartung der Ausrüstungen. Dies ist allgemein seit Jahren bekannt, wird aber offensichtlich jetzt von BMU, den Grünen und der FDP negiert. Im Rahmen eines Kompromisses haben sich CDU und SPD in der letzten Wahlperiode des Rates für den Neubau der Feuerwache ausgesprochen und einen Bebauungsplan geschaffen. Die Ausschreibung ist zwischenzeitlich erfolgt. Der erste Spatenstich wird in den kommenden Wochen erfolgen. Dort, wo eingespart werden konnte, wurde dies in Abstimmung mit der Feuerwehr möglich gemacht.

Die Feuerwehr hat nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie, die neuen Bedrohungen durch Naturereignisse und auch die erforderliche Ertüchtigung des Bevölkerungsschutzes neue Bedeutung gewonnen.

Wir brauchen die neue Feuer- und Rettungswache und wir stehen als CDU-Fraktion nach wie vor zu dieser richtigen Entscheidung.

Gleiches gilt für den Ersatz der durch Brandstiftung zerstörten Grundschule Sandheide. Mit dem Neubau der Grundschule zusammen mit dem schulischen

Förderzentrum des Kreises Mettmann schaffen wir ein modernes Schulzentrum, das den steigenden Bedarf decken wird. Eltern und Kinder erwarten zu Recht, dass wir als Kommune modernen Schulraum zur Verfügung stellen. Nichts anderes tun wir.

Bauliche Untersuchungen des Gymnasiums in Alt Erkrath haben leider vor Jahren schon das Ergebnis gebracht, dass eine umfangreiche Sanierung unvermeidbar sei. Da die Kostenschätzung für eine Sanierung im krassen Missverhältnis zu einem Neubau stand, wurde mehrheitlich im Rat ein Neubau beschlossen. Dies gilt umso mehr, als dass durch G9 zusätzlicher Raumbedarf besteht. Damit Erkrath eine attraktive und lebenswerte Stadt für Familien bleibt, ist – neben der Schaffung von Wohnraum – die Vorhaltung von Plätzen an Schulen eine wichtige Aufgabe. Genau dies geschieht. Es wird keine Luxusschule gebaut, sondern ein leistungsfähiges Gymnasium, welches den heutigen Kriterien der Pädagogik gerecht wird.

All dies muss natürlich finanziert werden. Neben Erlösen aus dem Verkauf von Altgrundstücken, Zuschüssen im energetischen Bereich, Erstattung anteiliger Kosten durch Kreis und Krankenkassen, ist natürlich ein großer Teil der Investitionen auf dem Kreditmarkt zu finanzieren. Dies war und ist immer schon so gewesen. Wir haben in Erkrath noch nie bauliche Investitionen aus Guthaben tilgen können.

Wir als CDU sind bereit, die Verantwortung für den Bau der zwei Schulen und der Feuerwache weiterhin zu tragen. Denn bei uns hat die Sicherstellung eines funktionierenden Feuerwehr- und Rettungssystems und die Bereitstellung von Schulraum einen hohen Stellenwert. Anders als bei Grünen, der BMU und der FDP.

Um den Haushalt mit den bestehenden und den vorgenannten neuen Verpflichtungen auszugleichen, ist eine Erhöhung der Grundsteuer erforderlich. Wir hatten bei den Haushaltsberatungen 2022 ausdrücklich betont, dass ohne ein Konzept für die Haushaltskonsolidierung eine Steuererhöhung nicht infrage kommt. Die Haushaltsoptimierung ist im Gange, erste Beschlüsse wurden gefasst. Gleichzeitig aber hat sich die finanzielle Situation durch die Energiekrise und die Folgen des Ukrainekriegs dramatisch verändert. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer zum Ausgleich des Haushaltes ist daher vertretbar. Diese steht auch mit unserem Wahlprogramm im Einklang. Die Erkrather CDU hat sich darin klar für einen ausgeglichenen Haushalt und zu den

Neubaumaßnahmen bekannt.

Nach wie vor muss es auch unser Ziel sein, dass die Gewerbesteuereinnahmen optimiert werden. Um für Ansiedlungen von Unternehmen attraktiv zu sein, genügt es nicht, nur an der Neanderhöhe ein beschränktes Angebot vorzuhalten. Sie wissen alle, dass die Gegner des Projektes durch die Diskussionen über Erbbaurecht, angebliche prähistorische Funde und Verzögerungen bei der Erschließung die Attraktivität des Grundstücks auf dem Immobilienmarkt nicht gefördert haben. Insoweit steht als nächstes die Entwicklung eines Gewerbegebietes Kemperdick an.

Auf die Angriffe der FDP während der Haushaltsberatungen will ich nur kurz eingehen: Die Vorschläge, die unterbreitet wurden, waren nur „warme Luft“. Wer zum Beispiel die Gesundheitsvorsorge für Personal der Verwaltung streichen möchte, hat keine Ahnung von der heutigen Arbeitswelt. Dieser und die weiteren unqualifizierten Vorschläge wurden folgerichtig vom Hauptausschuss durchgehend abgelehnt.

Herr Lenger möge mal über das Zitat des italienischen Politikers und Wirtschaftswissenschaftlers Amintore Fanfani nachdenken „In der Politik ist es wie im Konzert: Ungeübte Ohren halten das Stimmen der Instrumente schon für Musik“. Es wäre sicherlich klüger gewesen, auch die Erkenntnisse der FDP-Kollegen in den vorherigen Ratsperioden und den dortigen Sachverstand mit einzubeziehen, um die jetzige Situation zu bewerten.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zum Bebauungsplan Schmiedestraße sagen. Auf 18 % einer Fläche, die man als Hundewiese, Kaninchenwiese oder von einigen auch als Hasenwiese bezeichnet, will eine Genossenschaft Erkrather Bürgerinnen und Bürger 21 Wohnungen im Rahmen eines ökologischen Vorzeigobjektes errichten. Bei sieben Wohnungen handelt es sich um Sozialwohnungen. Nachdem der Rat mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Linken den Beschluss gefasst hatte, das Erbbaugrundstück der Genossenschaft zur Verfügung zu stellen, setzten sich die Vorsitzenden der Grünen- und BMU-Fraktionen an die Spitze einer Initiative, um den Wohnungsbau durch ein Bürgerbegehren zu verhindern. Wenn man keine Mehrheit im Rat findet, da offensichtlich die Argumente nicht ausreichend waren, sucht man sich halt andere Wege. Es ist wohl schwer, andere Meinungen und Entscheidungen zu akzeptieren, welche durch demokratisch gewählte Gremien

erfolgt sind. Diese Verhaltensweise, seine eigene partikuläre Meinung kompromisslos durchzusetzen, ist ja schick geworden. Entscheidungen von demokratisch gewählten Gremien oder zuständigen Behörden werden nicht mehr akzeptiert, sondern bekämpft. Insoweit darf man sich auch nicht wundern, dass es offensichtlich eine besondere konstruktive Art des Klimaprotestes ist, sich auf der Straße festzukleben und so für Staus zu sorgen.

Wir stehen als CDU zu dem Bauvorhaben der Genossenschaft. In Erkrath herrscht eine große Nachfrage an Wohnraum. Da wir uns alle einig sind, nicht in Außenbereiche zu gehen, ist die Verdichtung im Innenbereich eine moderate Maßnahme. Erschreckend ist nur, dass – wenn man mit einigen Menschen spricht, welche von den Befürwortern des Bürgerbegehrens zur Unterschrift animiert wurden –, dass sich diese Menschen hintergangen fühlen. Es wurden Fakenews verbreitet, um Unterschriften zu erhalten. Durch falsche Information Meinungen zu beeinflussen, ist ja in Mode gekommen und wird insoweit auch gerne von Herrn Knitsch genutzt. Aber wie sagte schon Abraham Lincoln "Man kann einige Menschen die ganze Zeit und alle Menschen einige Zeit zum Narren halten; aber man kann nicht alle Menschen allezeit zum Narren halten".

Die nächste Kommunalwahl kommt bestimmt.

Insoweit funktionieren sicherlich die Selbstreinigungskräfte der Demokratie. Wir konnten kritische Stellungnahmen von unbeteiligten Bürgern zur Qualität des Verhaltens von den Grünen und der BMU im Rahmen des Bürgerbegehrens lesen.

Erkrath weiterhin bewegen und gestalten, dies ist auch angesichts der schwierigen Finanzlage klares Ziel der CDU und des Bürgermeisters.

Die CDU-Fraktion wird dem durch die Ausschussbeschlüsse modifizierten und im HFA beschlossenen Haushaltsplanentwurf und dem Stellenplan zustimmen.

Bleibt mir zum Ende meiner Rede noch der Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, den Kämmerer, die Beigeordneten und den Bürgermeister für die im letzten Jahr geleistete Arbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Erkrath.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Wolfgang Jöbges
CDU-Fraktionsvorsitzender